

Tobias Trautner

Die Einmischung
in innere Angelegenheiten
und die Intervention als
eigenständige Verbotstatbestände
im Völkerrecht



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

XIII

1. Kapitel: Einmischung und Intervention in der völkerrechtlichen Literatur und der Staatenpraxis	1
I. Ziel der Untersuchung	1
II. Das Interventionsverbot in der Literatur	3
A. Die herrschende Meinung	3
B. Übrige Meinungen	5
C. Eigene Stellungnahme	5
1. Bandbreite interventionstauglicher Maßnahmen nach den Literaturmeinungen	5
2. Gleichbehandlung von Einmischung und Intervention in der Literatur	6
3. Scheinbares Dilemma einer Abgrenzung zwischen Einmischung und Intervention	7
III. Verwendung der Begriffe Einmischung und Intervention in der Staatenpraxis	8
A. Verwendung in völkerrechtlichen Verträgen	9
1. Überblick	9
2. Bilaterale Freundschaftsverträge der Bundesrepublik Deutschland	11
3. Zusammenfassung	11
B. Das VI. Prinzip der Schlußakte von Helsinki der KSZE	11
C. Praxis der Vereinten Nationen	12
1. Das Einmischungs- und Interventionsverbot in Art. 2 (7) SVN	12
2. Resolutionspraxis	13
a. Überblick	13
b. Die "Friendly Relations"-Deklaration	14
b.1. Resolutionstext	14
b.2. vorbereitende Materialien	15
D. Zwischenergebnis	16
E. Äußerungen von Staatenvertretern	16
1. Afghanistan-Debatten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen	16
2. Äußerungen von Vertretern im Namen der Europäischen Union	18
3. Äußerungen von Vertretern der Bundesrepublik Deutschland	19
4. Äußerungen von Vertretern des Vereinigten Königreichs	21
5. Äußerungen von Vertretern Frankreichs	21
6. Äußerungen von Vertretern der Volksrepublik China	22
F. Zusammenfassung und Ergebnis - Differenzierung zwischen Einmischung und Intervention in der Staatenpraxis	23

2. Kapitel: Die Souveränität als Schutzgut der Einwirkungsverbote	24
I. Überblick	24
II. Historische Entwicklung des Souveränitätsbegriffes über Bodin und Vattel	25
A. Der Souveränitätsbegriff bei Bodin	25
B. Der Souveränitätsbegriff bei Vattel	26
III. Die Behandlung der Souveränität in der Interventionslehre	27
A. Souveränität als Zustandsregelung	27
B. Gegensatzpaare der Souveränität	28
1. innere und äußere Souveränität	28
2. rechtliche und politische Souveränität	29
3. absolute und relative Souveränität	29
4. positive und negative Souveränität	30
5. Bedeutung für die Intervention	30
C. Das Element der Freiheit	31
D. Beeinträchtigung der staatlichen Funktionsfähigkeit	32
E. Weitere Ansichten	32
F. Zusammenfassung	34
IV. Notwendige Differenzierung zwischen Einmischung und Intervention	34
A. negative Souveränität als Schutzgut der Einmischung	34
B. Bedeutung der positiven und negativen Souveränität für die Intervention	35
1. Bedeutung der positiven Souveränität	35
2. Bedeutung der negativen Souveränität	35
V. Völkerrechtliche Bindungen der positiven und negativen Souveränität	37
A. Auswirkungen von Bindungen auf die negative und die positive Souveränität	37
B. Quellen völkerrechtlicher Bindungen staatlicher Souveränität	38
1. Bindungen der Souveränität durch Menschenrechte	38
a. Domaine reserve und Menschenrechte	38
a.1. Meinungsstand	40
a.2. Stellung der Menschenrechte in der Satzung der Vereinten Nationen	40
b. Mindeststandard von Menschenrechten als allgemeiner Rechtsgrundsatz i.S.d. Art. 38 Abs. 1 (c) IGH Statut	41
2. Staatenpraxis	42
3. Erklärung der Auswirkung auf die positive und negative Souveränität	43
4. Zusammenfassung	43
C. Der Gehalt weiterer Bindungen	43
1. Atomwaffen, Kernenergie	44
2. Umweltschutz	45
D. Zusammenfassung	46
VI. Die Einmischung und Intervention auf Einladung	46
A. Wirkung des Einverständnisses bei der Einmischung	46
B. Wirkung des Einverständnisses bei der Intervention	47
1. Systematische Stellung des Einverständnisses	47

2. Die rechtliche Zulässigkeit der Einladung	48
a. Die Einladung im Lichte des Gewaltverbots	48
b. Die Staatenpraxis	48
3. Anforderungen an eine tatbestandsausschließende Einladung	49
a. Formen der Einladung	49
a. 1. in Abkommen (ex ante)	50
a. 1.1. Abgrenzung zu Verträgen über kollektive Sicherheit	50
a. 1.2. Völkerrechtliche Praxis	50
a. 1.3. Bewertung in der Literatur	51
a. 2. ad-hoc- Einladungen	52
b. Unzweifelhafte Fälle zulässiger Einladungen	52
c. Problem der Einladung in Bürgerkriegssituationen	53
c. 1. Meinungsstand in der Literatur	53
c. 2. Die "Friendly Relations"-Deklaration, I. und II. Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen	54
c. 3. Exkurs: "Bedrohung des Weltfriedens", Neuere Ent- wicklungen in der Praxis des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen	54
d. Einladung als Selbstverteidigung	56
e. Willensmängel bei der Einladung	56
3. Kapitel: Der tatbestandliche Erfolg	57
I. Der tatbestandliche Erfolg bei der Einmischung	57
A. Kriterium der Öffentlichkeit	57
B. Fallbeispiel: "Captive Nations Week"	58
II. Der tatbestandliche Erfolg als Merkmal der Intervention	59
A. Das "Qualifikations"-Erfordernis der Intervention	59
1. Irreführende Begriffswahl	59
2. Meinungen in der Literatur	59
a. objektive Bestimmung	60
b. objektive und subjektive Bestimmung	61
c. subjektive Bestimmung	63
d. Eigene Stellungnahme - Die Bedeutung subjektiver Elemente	63
B. Objektive Kriterien zur Feststellung der Qualifikation	64
4. Kapitel: Akteure der Einmischung und Intervention	65
I. Aktive Deliktsfähigkeit	66
A. Internationale Organisationen	66
1. Definition, Völkerrechtssubjektivität	66
2. Deliktsfähigkeit gegenüber nichtanerkennenden Staaten	67
3. Exkurs: Interventionsverbote in den Satzungen einiger internationaler Organisationen	67
a. Überblick	67
b. Das Interventionsverbot in Art. 2(7) SVN	69
b. 1. Begriffliche Unklarheit	69

b.2. Maßnahmen nach Kapitel VII SVN mit besonderer Berücksichtigung der Golfkrise	69
B. Multinationale Unternehmen	70
II. Passive Deliktsfähigkeit	71
A. Staaten, der sog. "failed State"	71
B. Internationale Organisationen	72
C. Supranationale Gemeinschaften, insbesondere die Europäische Union	72
III. Zusammenfassung	73
5. Kapitel: Mittel der Einmischung und Intervention	74
I. Militärische Mittel	74
A. Interventionstauglichkeit, Verhältnis zum Gewaltverbot	74
B. Erscheinungsformen	75
II. Wirtschaftliche Mittel	77
A. Der sog. "klassische" bzw. "enge" Interventionsbegriff	77
B. Die Intervention mit wirtschaftlichen Mitteln	78
1. Meinungen in der Literatur	78
2. Resolutionspraxis internationaler Organisationen	82
C. Zusammenfassung - Eigene Stellungnahme	83
III. Diplomatische Mittel	84
A. Behandlung in der Literatur	84
B. Terminologische Unklarheit	85
C. Sonderfall: Einmischung bzw. Intervention und die Anerkennung	86
1. Anerkennung von Insurgenten	86
2. Anerkennung von Staaten bzw. Regierungen	87
IV. Zusammenfassung	88
6. Kapitel: Die Handlungsform	89
I. Die Unterlassung im Völkerrecht	89
II. Vergleich zum Unterlassensbegriff im nationalen Recht	89
III. Die "due diligence"	90
IV. Intervention und Unterlassen in der Literatur	91
V. Die "Friendly Relations"-Deklaration	92
VI. Kein Interventionsgebot	92
VII. Unterlassen mit mittelbarer und unmittelbarer Wirkung	93
VIII. Erscheinungsformen eingriffsrelevanten Unterlassens	93
A. Nichtanerkennung von Staaten	93
B. Interventionen durch militärische Unterlassungen	94
1. Allgemeines	94
2. Nichtabzug von Streitkräften	94
a. Nach Einladung	94
b. Staatennachfolgefälle	95
IX. Zusammenfassung	96

7. Kapitel: Rechtswidrigkeit	97
I. Die Intervention zum Schütze eigener Staatsangehöriger	97
A. Staatenpraxis	97
B. Keine gewohnheitsrechtliche Anerkennung	97
II. Das Selbstverteidigungsrecht des Art. 51 SVN	98
III. Nachteile	99
IV. Geltung allgemeiner Rechtfertigungsgründe	99
8. Zusammenfassung	100
Inhaltsverzeichnis	105